

Wo steht der Kontinent?

Afrika. Krisenkontinent oder schlafender Riese? Um Afrikas Entwicklungschancen einschätzen zu können, muss man die 54 sehr unterschiedlichen Staaten separat betrachten. Da die bisherigen Strategien nicht zum wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, braucht es neue Ideen. Der Entwicklungsökonom Axel Dreher plädiert im iwd-Gastkommentar für ein Ende der Entwicklungshilfe in ihrer jetzigen Form und fordert bedingungslose Zahlungen an demokratische Länder.

→ [Seiten 2-4](#)

Afrika – wirtschaftlich noch weit zurück

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im Jahr 2016

4.815

Afrika insgesamt

13.225


Südafrika

48.730

Deutschland

Kaufkraftparitäten in Dollar

Quelle: Weltbank
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Niedersachsen wählt

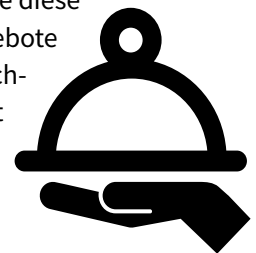
Landtagswahl.

Sechs Millionen Niedersachsen entscheiden am 15. Oktober über die Zusammensetzung ihrer künftigen Landesregierung. Die vorgezogene Neuwahl findet in einem Umfeld ökonomischer Stabilität statt – vor allem auf dem Arbeitsmarkt kann Niedersachsen punkten: Mit 6 Prozent ist die Arbeitslosenquote so niedrig wie lange nicht. Vor allem die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik bieten viele Jobs.

→ [Seite 8](#)

Nach der Arbeit

Kultur und Freizeit. Am Abend ins Kino, mit Freunden essen gehen oder schnell noch zum Sport – ein gutes und umfangreiches Kultur- und Freizeitprogramm ist für viele Menschen ein wichtiger Wohlfühlfaktor. Städte und Gemeinden bemühen sich um ein großes und abwechslungsreiches Angebot, um sich und ihre Region interessant zu machen. Wie diese Freizeitangebote über Deutschland verteilt sind, zeigt eine neue Studie.



→ [Seite 11](#)

Viele Probleme, viele Chancen

Afrika. Der afrikanische Kontinent wird von Europäern oft als ein einziges Land wahrgenommen, tatsächlich aber beheimatet er 54 Staaten mit teils sehr unterschiedlichen geografischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die Prognosen für Afrika reichen von „dauerhafter Krisenkontinent“ bis zur „globalen Wirtschaftsmacht“. Für eine bessere Vorhersage lohnt ein genauerer Blick.

Die einen sehen in Afrika eine große Krisenregion, aus der die Menschen scharenweise nach Europa fliehen. Andere verweisen immer wieder auf die enormen Chancen, die der Kontinent und seine Bewohner haben. Recht haben beide Seiten.

Instabile Demokratien. Ein großes Problem sind die Regierungen, denn die Demokratie ist in vielen afrikanischen Staaten noch immer ein wackliges Gebilde – oder überhaupt nicht vorhanden. In Ländern wie Äquatorialguinea, dem Sudan und Eritrea ist sie durch Diktaturen völlig außer Kraft gesetzt. In Staaten wie Gambia weigern sich die Machthaber, die Wahl eines neuen Präsidenten und damit den Willen des Volkes anzuerkennen. Oftmals helfen nur politischer Druck und militärische Drohungen von außen, um das alte Staatsoberhaupt von seinem Posten zu verdrängen.

Korruption und rechtliche Unsicherheiten. Im „Democracy Index 2016“ der Economist Intelligence Unit wird von den 49 Subsahara-Staaten lediglich Mauritius als vollwertige Demokratie aufgeführt. Bedenkt man die Tatsache, dass viele afrikanische Länder bis vor nicht einmal 60 Jahren Kolonien europäischer Staaten waren, ist die brüchige Demokratie nicht verwunderlich. Doch die Machtkämpfe führen zu einem weiteren Problem:

Korruption ist in Afrika weit verbreitet. Im Korruptionsindex landen nur Mauritius und Ruanda als beste afrikanische Länder im Mittelfeld auf Rang 50.

Die Organisation Transparency International listet die meisten Subsahara-Staaten in ihrem Korruptionsindex im unteren Drittel. Vetternwirtschaft, korruptionsanfällige Staatsapparate, mangelnde Verfolgung von Wirtschaftskriminalität, Bestechungen – all dies ist in den meisten Ländern oft verbreitet.

Mit diesem Befund lassen sich die bescheidenen Investitionen deutscher Unternehmen in Afrika zum Teil erklären. Denn wo keine Rechtssicherheit herrscht, birgt ein Investment große Risiken.

Laut Angaben der Vereinten Nationen flossen 2016 nur 3 Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen nach Afrika.

Und das, obwohl fast 17 Prozent der Weltbevölkerung in Afrika leben. Aus Deutschland kamen nur 2 Prozent der insgesamt 51 Milliarden Dollar – aus China dagegen rund ein Viertel.

Wachsende Bevölkerung. Afrika hat die mit Abstand am schnellsten wachsende Bevölkerung der Welt. Derzeit leben auf dem Kontinent etwa 1,2 Milliarden Menschen. Bis zum Jahr 2050 dürften es doppelt so viele sein. Damit würde jeder vierte Mensch aus Afrika stammen. Das Durchschnittsalter ist bereits heute mit gerade einmal 18 Jahren sehr niedrig.

In den kommenden Jahren werden sich viele junge Afrikaner auf die Suche nach einem Job machen. Das bietet ausländischen Unternehmen die Chance, vor Ort Produktionsstätten zu errichten und genügend Angestellte zu finden. Laut Internationalem Währungsfonds braucht es jährlich in Afrika 20 Millionen neue Arbeitsplätze, aktuell sind es pro Jahr nur vier Millionen. Sollte sich daran nichts ändern, besteht die Gefahr, dass sich perspektivlose junge Menschen auf den Weg nach Europa machen und dabei ihr Leben riskieren.

Bildung verbessert sich. Grundvoraussetzung für qualifizierte Kräfte ist eine gute Bildung. Auf dem Kontinent gibt es in dieser Hinsicht deutliche Fortschritte:

Während in den 1970er Jahren noch 70 Prozent der Afrikaner Analphabeten waren, können heute nur noch 36 Prozent weder lesen noch schreiben.

Die 668 Universitäten Afrikas entlassen jährlich rund zehn Millionen Absolventen auf den Arbeitsmarkt. Da viele von ihnen nicht direkt einen Job finden, wächst die Start-up-Szene – vor allem im Techniksektor. Die Weltbank hat im Juni 2016 in Afrika 173 technologieorientierte Gründerzentren registriert. Auch ausländische Investoren entdecken die Szene für sich. Facebookgründer Mark

Zuckerberg etwa investierte im vergangenen Jahr 24 Millionen Dollar in das nigerianische Start-up Andela.

Wirtschaftliche Lage. Afrika ist ein sehr heterogener Kontinent, entsprechend stark unterscheidet sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf. Auf den Seychellen ist es 64-mal so hoch wie in Burundi. Die stärksten Volkswirtschaften haben Nigeria und Südafrika (Grafik):

In Südafrika liegt das BIP pro Einwohner bei gut 13.200 Dollar. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 419,6 Milliarden Euro kommt das Land fast an den Wert des deutlich größeren Nigeria heran.

Zu Beginn des Jahrtausends sah es so aus, als würde der afrikanische Kontinent einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben: Zwischen 2000 und 2010 befanden sich sechs der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in Afrika. Doch das Wachstum hat in den vergangenen Jahren deutlich nachgelassen. Der internationale Währungsfonds rechnet für 2017 mit einem Plus von etwa 3 Prozent. Damit wird gerade einmal das enorme Bevölkerungswachstum von 2,6 Prozent kompensiert. Ein Grund für die Entwicklung ist, dass die

Länder stark auf Rohstoffausfuhren gesetzt haben. Mit dem Ende des Booms fielen die Rohstoffpreise und somit auch die Gewinne der Exportstaaten.

Um wirtschaftlich relevant zu werden, bräuchte Afrika über einen längeren Zeitraum eine durchschnittliche Wachstumsrate im zweistelligen Bereich. Allein Deutschland produziert Waren und Dienstleistungen in einem Volumen, das 60 Prozent über dem von ganz Afrika liegt.











Zukunftsstrategie. Welche Strategie werden Europa und Deutschland verfolgen, um Afrika zu unterstützen? Alle Versuche – vom Bau von Fabriken bis zur Hilfe zur Selbsthilfe – haben bislang nicht zum gewünschten Erfolg geführt (siehe Kommentar Seite 4). Momentan scheint es, als sei eine Kombination aus privaten Investitionen und dem Aufbau funktionierender Institutionen der vielversprechendste Weg.

Aus IW-Trends 3/2017

Hubertus Bardt: Afrika – Große Unterschiede im wirtschaftlichen Potenzial
iwkoeln.de/afrika

Afrika in Zahlen

im Jahr 2016

	Afrika insgesamt	Nigeria	Ägypten	Südafrika	Zum Vergleich: Deutschland
BIP pro Einwohner	4.815	5.867	11.132	13.225	48.730
Veränderung des BIP pro Einwohner im Vergleich zum Vorjahr in Prozent	↑ 0,5	↓ -2,8	↑ 3,6	→ 0,0	↑ 1,5
Ausländische Direktinvestitionen in Prozent des BIP	2,2 (2015)	0,7 (2015)	2,1 (2015)	0,8	1,5
Korruptionsindex, 0 = sehr schlecht, 100 = sehr gut	32	28	34	45	81
Gesundheitsausgaben in Prozent des BIP	6,0	3,7	5,6	8,8	11,3
Alphabetisierung in Prozent der Einwohner ab 15 Jahren	 64,0	 59,6	 75,8	 94,6	 99,0
Einwohner mit Zugang zu Strom in Prozent der Bevölkerung	 45,9	 57,7	 99,8	 86,0	 100
Sichere Internetserver je 1 Million Einwohner	21,3	2,8	5,2	124,5	1.664

BIP je Einwohner: Kaufkraftparitäten in Dollar; Gesundheitsausgaben: Stand 2014; Alphabetisierung: Stand 2015; Zugang zu Strom: Stand 2014

Quellen: Weltbank, German Trade and Invest, Transparency International
© 2017 IW Medien / iwd



Kommentar. Die Länder Afrikas erhalten jährlich mehr als 30 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe. Dieses Geld bewirke allerdings kaum etwas in den Empfängerländern, sagt **Axel Dreher**, Professor für internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er plädiert dafür, nur demokratische Länder zu unterstützen und die Zahlungen nicht an Bedingungen zu knüpfen.

„Entwicklungshilfe dient eher den Interessen der Geber als den Empfängern“

Die westlichen Geber von Entwicklungshilfe zahlen pro Jahr etwa 130 Milliarden Euro an weltweiter Hilfe aus. Trotzdem gibt es kaum Anhaltspunkte, dass die Hilfe spürbar zur Entwicklung der Empfängerländer beiträgt. Dafür gibt es gute Gründe. Der wichtigste: Ein Gutteil der Hilfe wird nicht für die Entwicklungsförderung verwendet. Ungefähr 15 Prozent der „Hilfe“ sind administrative Kosten oder verbleiben aus anderen Gründen in den Geberländern. Die Gelder, die an die Empfängerländer fließen, sollen oftmals eher den geostrategischen oder kommerziellen Interessen der Geber als der Entwicklung der Empfänger dienen. Sie sollen Stimmen in internationalen Organisationen kaufen, den Terror bekämpfen oder Flüchtlinge abwehren.

Ein Großteil der Hilfe ist bilateral und dient der Finanzierung von Einzelprojekten. Weniger als 30 Prozent werden über multilaterale Organisationen vergeben. Wenn wirklich die Interessen der Empfänger und nicht die der Geber im Vordergrund stünden, hätte die bilaterale Hilfe ausgedient. Das würde auf beiden Seiten Kosten sparen. Die Geber könnten die Gelder dann aber weniger gut für ihre eigenen Ziele nutzen und stünden nicht mehr als „Wohltäter“ im Mittelpunkt. Die Geberregierungen ziehen die Projekthilfe den direkten Zahlungen an Empfängerregierungen – der sogenannten Budgethilfe – vor. Sie können damit ihren Wählern Vorzeigeprojekte als Erfolg verkaufen und vermeiden es, mit den Misserfolgen der Empfängerländer in Verbindung gebracht zu werden. Den vermeintlichen Erfolgen einzelner Projekte liegt allerdings ein Trugschluss zugrunde. Erstens hätte das Empfängerland

das Projekt vielleicht auch ohne die Hilfe umgesetzt – die durch die Gelder frei gewordenen Mittel können nun an anderer Stelle verwendet werden. Tatsächlich haben die Geber die Gelder dann für ein anderes, ihnen unbekanntes und vielleicht wenig sinnvolles Projekt bereitgestellt. Zweitens ignoriert der Fokus auf einzelne Projekte die Nebenwirkungen der Hilfe auf das Land insgesamt. Wenn Staatsbedienstete für die Durchführung der Projekte abgeworben werden oder Gelder die Korruption fördern – beispielsweise weil Regierungsbeamte bestochen werden müssen, um erforderliche Genehmigungen zu erhalten –, schwächt die Hilfe die Institutionen des Landes. Wenn gut ausgebildete Arbeiter aus dem Unternehmenssektor abgeworben werden, schwächt das die Wirtschaft. In Ländern mit demokratisch legitimierten Regierungen sollte zur Entwicklungsförderung daher die Budgethilfe als Standardinstrument verwendet werden. Um die Zahlungen planbar zu machen, sollte Budgethilfe über einen längeren, aber begrenzten Zeitraum fest zugesagt werden und nicht an Bedingungen geknüpft sein. Einige Empfänger werden die Zahlungen für andere Zwecke als für die Entwicklung verwenden. Auf längere Sicht werden die Wähler dann aber die ausbleibenden Erfolge ihrer Regierung anlasten und sich nach Alternativen umsehen. In Diktaturen sieht das anders aus. Hier kann die Budgethilfe nicht wirken. Sie wird eingesetzt, um die Macht der Diktatoren zu stärken und die Bevölkerung zu unterdrücken. Dies gilt für die Projekthilfe allerdings genauso, auch wenn das weniger offensichtlich ist. Diese Länder sollten daher gar keine Entwicklungshilfe erhalten, wohl aber humanitäre Unterstützung.

Flüchtling, Frau und Mutter

Arbeitsmarkt. Die Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt ist eine große Herausforderung – das gilt vor allem für weibliche Flüchtlinge. Denn zu den vielen Aufgaben, die Migranten in Deutschland meistern müssen, kommt für den Großteil der Frauen noch etwas Spezifisches hinzu: die Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Pflichten.

Zwischen 2012 und 2016 haben über eine halbe Million Frauen einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt. Aktuell stammt fast jeder dritte Asylantrag von einer Frau. Doch weibliche Flüchtlinge sind sowohl im Straßenbild als auch in der politischen Diskussion kaum präsent.

Das dürfte sich aller Voraussicht nach schon recht bald ändern – denn anerkannte Flüchtlinge haben die Möglichkeit, ihre Familien nachkommen zu lassen. Viele Syrer, Iraker und Afghanen machen davon Gebrauch:

Im ersten Halbjahr 2017 sind 60.000 Visa für einen Familiennachzug erteilt worden. Im Jahr 2016 waren es insgesamt 100.000.

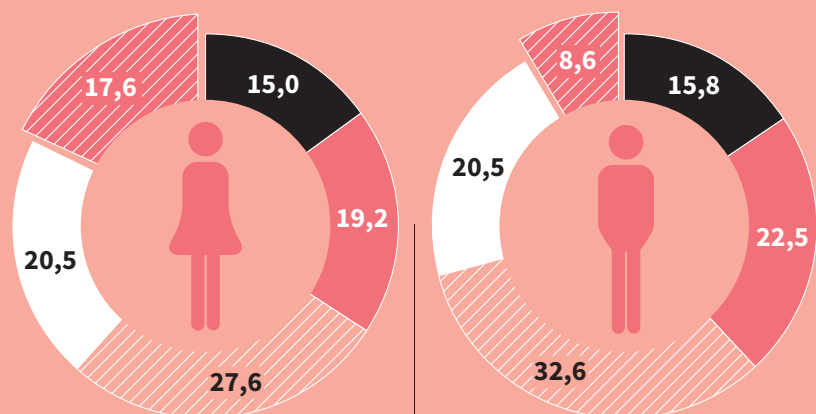
Viele weibliche Flüchtlinge wollen auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen. Doch gerade für sie gestaltet sich die Arbeitsaufnahme besonders schwierig – aus mehreren Gründen:

- Das größte Einstellungshemmnis für Flüchtlinge sind fehlende deutsche Sprachkenntnisse. Weibliche Flüchtlinge schneiden in diesem Punkt oft schlechter ab als männliche Flüchtlinge – aufgrund ihrer häufig geringeren Schulbildung sowie fehlender sozialer Kontakte. Flüchtlingsfrauen sind deshalb oft auf gezielte Sprachnachhilfe angewiesen. Genauso wichtig ist es, geflüchtete Frauen in soziale Aktivitäten einzubeziehen, wobei hier ergänzend das Angebot einer Kinderbetreuung nötig sein kann. Denn anders als viele Männer kommen Frauen meist mit Familie nach Deutschland:

Flüchtlinge: Frauen öfters ohne Schulbildung

So viel Prozent der volljährigen Asylbewerber im Jahr 2016 haben diese Bildungseinrichtung besucht

■ Hochschule ■ Gymnasium ■ Mittelschule ■ Grundschule
▨ Keine formelle Schulbildung



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Drei Viertel aller volljährigen geflüchteten Frauen sind Mütter.

Für sie steht deshalb meist die Versorgung der Kinder im Vordergrund, was mit einem Job mit einer 40-Stunden-Woche schwer in Einklang zu bringen ist. Um die Beschäftigungsmöglichkeiten für geflüchtete Frauen zu erhöhen, sind deshalb Teilzeitangebote oder flexible Arbeitszeiten nötig.

- Weibliche Flüchtlinge haben häufig ein geringeres formales Bildungsniveau als männliche Flüchtlinge (Grafik):

Etwa jede sechste Flüchtlingsfrau konnte in ihrem Herkunftsland keine Schule besuchen.

Ein fehlendes Abschluss- oder Arbeitszeugnis heißt allerdings nicht automatisch, dass jemand über keinerlei Berufserfahrung verfügt. Um herauszufinden, welche Kompetenzen weibliche Flüchtlinge tatsächlich haben, bieten sich deshalb vor allem Praktika und Berufsorientierungsmaßnahmen an. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat ein Instrument speziell für Flüchtlingsfrauen entwickelt: Perspektiven für weibliche Flüchtlinge (PerF-W) unterstützt die Standortbestimmung und führt die Frauen innerhalb von vier Monaten in Teilzeit an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heran.

Den Weg frei machen

Investitionen. Die Unternehmen in Deutschland stecken zu wenig Geld in neue Produktionsanlagen – ein Grund dafür ist zu viel Regulierung. Der Staat wiederum investiert nicht genug in die Infrastruktur, was auch die privaten Investitionen hemmt. Eine neue IW-Analyse zeigt, wie die Kehrtwende zu schaffen ist.

Die Bundestagswahl ist Geschichte. Zu den wichtigsten Aufgaben der künftigen Bundesregierung wird es gehören, die Grundlagen für das Wirtschaftswachstum von morgen zu legen. Dabei muss sie vor allem die Investitionen in den Blick nehmen.

Zwar lässt sich aus der amtlichen Statistik nicht eindeutig eine akute Investitionsschwäche in Deutschland ableiten. Zwei Befunde sind jedoch problematisch: Erstens stagniert die Kapitalintensität seit zehn Jahren weitgehend. Das reale Bruttoanlagevermögen wächst also in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr – eine schlechte Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt.

Zweitens ist der sogenannte Modernitätsgrad des Anlagevermögens seit 1991 deutlich gesunken. Dies gilt sowohl für die Maschinen und Produktionsanlagen der Unternehmen als auch für die öffentliche Infrastruktur (Grafik):

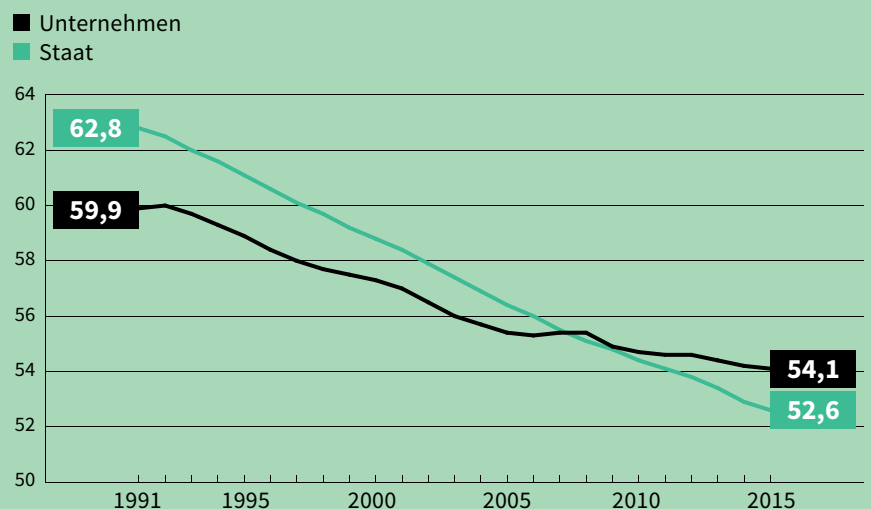
Das Nettoanlagevermögen, das den Substanzverlust der Investitionsgüter in Form von Abschreibungen berücksichtigt, betrug 2015 im Unternehmens- und im staatlichen Bereich jeweils nur noch gut 50 Prozent des Bruttoanlagevermögens.

Viele Anlagen werden demnach länger genutzt, als es wirtschaftlich sinnvoll wäre. Investitionen in neue Projekte kommen dagegen zu kurz. In beiden Investitionsbereichen besteht also Handlungsbedarf:

Anlagevermögen verliert an Substanz

Nettoanlagevermögen in Prozent des Bruttoanlagevermögens

Das Verhältnis des Nettoanlagevermögens zum Bruttoanlagevermögen wird auch als Modernitätsgrad bezeichnet. Geht er zurück, bedeutet dies, dass die Abschreibungen und damit der geschätzte Substanzverlust beim Anlagevermögen höher ausfallen als die tatsächlichen Abgänge. Das Produktionskapital wird also länger genutzt, als es wirtschaftlich sinnvoll wäre.



Bruttoanlagevermögen: ergibt sich aus den akkumulierten Bruttoanlageinvestitionen und umfasst alle Anlagegüter, die bis zum jeweiligen Zeitpunkt nicht aus dem Bestand ausgeschieden sind und damit für die Produktion zur Verfügung stehen; Nettoanlagevermögen: Bruttoanlagevermögen abzüglich der seit dem jeweiligen Investitionszeitpunkt für eine Anlage aufgelaufenen Abschreibungen; Unternehmen: nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, also ohne Finanzsektor, private Haushalte, Verbände, Kirchen, Einzelunternehmen und freie Berufe

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

• **Private Investitionen.** Der Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt kein klares Bild: Während die realen Bruttoinvestitionen in der Industrie seit Anfang der 1990er Jahre unterm Strich kaum zugelegt haben, verzeichneten die Dienstleister ein Plus von gut 40 Prozent. Der Modernitätsgrad des Anlagevermö-

gens ist im Sektorsbereich jedoch am stärksten gesunken.

Insgesamt lässt die private Investitionstätigkeit in Deutschland jedenfalls zu wünschen übrig. Im Rahmen seiner jüngsten Konjunkturumfrage wollte das IW Köln daher von den Unternehmen wissen, was sie bremst (Grafik Seite 7):

Was die Investitionen bremst


Antworten auf die Frage „Was sind aus Sicht Ihres Unternehmens derzeit Investitionshemmnisse in Deutschland?“
in Prozent aller befragten Unternehmen

■ Starkes Hemmnis ■ Kein Hemmnis

Hohe Bürokratie und Regulierungen	50,8	11,5
Fachkräftemangel	45,8	16,5
Hohe Arbeitskosten	44,4	11,6
Hohe Energiekosten	38,1	17,6
Hohe Unternehmenssteuern	35,5	16,8
Hohe wirtschaftliche Unsicherheit weltweit durch Protektionismus	27,7	25,6
Hohe wirtschaftliche Unsicherheit in Europa	27,1	25,3
Infrastrukturmängel	20,6	32,1
Hohe wirtschaftliche Unsicherheit in den Schwellenländern	18,6	36,7
Schwache Wirtschaftsentwicklung in Europa	13,4	34,5
Schwache Inlandsnachfrage	11,7	49,1
Finanzierungsschwierigkeiten	10,6	58,5
Unsicherheit wegen neuer Technologien/Digitalisierung	10,6	35,5
Kostengetriebene Investitionen im Ausland	9,6	51,3
Absatzbestimmte Investitionen im Ausland	7,9	53,2

Rest zu 100: geringes Investitionshemmnis

Quelle: IW-Befragung von 2.225 Unternehmen in Westdeutschland und 548 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2017
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Gut die Hälfte der befragten Unternehmen sieht die staatliche Bürokratie und Regulierungen als starkes Investitionshemmnis, fast ebenso oft werden der Fachkräftemangel und hohe Arbeitskosten genannt.

Hinter den Problemen der Betriebe stecken Tatsachen: So lagen die industriellen Arbeitskosten in Deutschland zuletzt um 37 Prozent über dem Durchschnitt wichtiger Konkurrenzländer. Und auch die Arbeitsmarktregulierungen sowie die Steuerlast der Unternehmen sind höher als im internationalen Mittel.

Folglich sollte die Bundesregierung konsequent Bürokratie abbauen – zum Beispiel, um den Aufwand bei der Kreditfinanzierung von Investitionen zu verringern. Im Rahmen der Steuerpolitik wäre es sinnvoll, die degressive Abschreibung wieder einzuführen und forschenden Firmen eine Steuergutschrift zu gewähren.

Und beim Thema Klimaschutz muss die Politik so umsteuern, dass die Energiekosten die Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht länger behindern.

• **Öffentliche Investitionen.** Die staatliche Infrastruktur ist eine einzige Baustelle. Dahinter steckt ein Altersproblem: Fast die Hälfte der Autobahnbrücken wurde zwischen 1965 und 1975 gebaut, ein Drittel der Eisenbahnbrücken stammt noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und die Schleusen der Kanäle sind im Schnitt 70 Jahre alt. Kein Wunder also, dass zum Beispiel 14 Prozent der Autobahnbrückenflächen in nicht ausreichendem Zustand oder sogar völlig marode sind.

Zwar haben die öffentlichen Investitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und zu den staatlichen Gesamtausgaben zuletzt leicht zugelegt, beide Quoten liegen aber noch unter dem Wert des Jahres 2000.

Die neue Bundesregierung muss also bei den Infrastrukturinvestitionen auf die Tube drücken – und zwar langfristig. Vor allem aber muss sie dafür sorgen, dass die Bauämter wieder ausreichend Fachpersonal, sprich: Ingenieure haben (siehe iwd 32/2016). Dazu könnte die Bundesfernstraßengesellschaft beitragen, die derzeit aufgebaut wird. Sie wäre in der Lage, marktfähige Gehälter zu zahlen.

Zudem gilt es, die Verwaltungsprozesse zu entschlacken, indem die Bundesregierung unter anderem die Planfeststellungsverfahren für Ersatzneubauten beschleunigt.

IW-Analysen Nr. 118

Hubertus Bardt, Michael Grömling,
Tobias Hentze, Thomas Puls:
Investieren Staat und Unternehmen in
Deutschland zu wenig? – Bestandsaufnahme
und Handlungsbedarf
iwkoeln.de/investitionen

Endspurt in Niedersachsen

Landtagswahl. Deutschlands Superwahljahr befindet sich auf der Zielgeraden: Kurz nach der Bundestagswahl findet am 15. Oktober in Niedersachsen die fünfte und letzte Landtagswahl dieses Jahres statt. Mehr als sechs Millionen Niedersachsen werden dann – drei Monate früher als geplant – über die künftige Zusammensetzung des Parlaments in Hannover entscheiden.

Weil die ehemalige Grünen-Abgeordnete Elke Twesten im August mit ihrem Fraktionswechsel zur CDU für den Mehrheitsverlust der amtierenden rot-grünen Regierungskoalition sorgte, hat der niedersächsische Landtag die für Januar 2018 terminierte Landtagswahl um drei Monate vorverlegt.

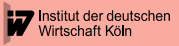
Die Regierungskrise trifft Niedersachsen in ökonomisch guten Zeiten: Seit der Finanzkrise ist die Bruttowertschöpfung stetig gewachsen, im vergangenen Jahr belief sie sich auf mehr als 238 Milliarden Euro. Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt seit 2009 kontinuierlich, bleibt allerdings unter dem Bundesdurchschnitt (Grafik):

Das BIP je Einwohner war in Niedersachsen 2015 mit knapp 32.600 Euro rund 4.500 Euro niedriger als der gesamtdeutsche Wert. Auch das Wirtschaftswachstum von 2010 bis 2016 erreichte mit 7 Prozent nicht die bundesdurchschnittliche Dynamik.

Punkten kann Niedersachsen dagegen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote betrug 2016 lediglich 6 Prozent, so niedrig war sie seit der Wiedervereinigung nicht. Einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung haben die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT): Seit 2007 haben diese Betriebe 22 Prozent zusätzliche Jobs in Niedersachsen geschaffen.

Niedersachsen in Zahlen

WAHL 2017	Niedersachsen	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015 in Euro	32.591	37.128
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2016 gegenüber 2010 in Prozent	7,0	10,2
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Veränderung 2016 gegenüber 2010 in Prozent	13,8	12,2
Arbeitslosenquote 2016 in Prozent	6,0	6,1
Breitbandversorgung der privaten Haushalte Mitte 2017 mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde in Prozent	77,5	76,9

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, TÜV Rheinland, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2017 IW Medien / iwd 

Zum Vergleich: Alle übrigen Branchen kamen im Durchschnitt auf ein Beschäftigungsplus von 17 Prozent.

Kein Wunder also, dass vergleichsweise viele Menschen in Niedersachsen im Digitalbereich arbeiten: In Braunschweig sind es 5,8 Prozent aller Arbeitnehmer, in Oldenburg und Hannover jeweils etwa rund 4 Prozent. Auch in ländlichen Regionen schafft die Digitalisierung Jobs – im Landkreis Hameln-Pyrmont etwa verdienen gut 4 Prozent der Arbeitnehmer in der IKT-Branche ihr Geld.

Dazu trägt sicherlich auch die recht gute Breitbandinfrastruktur bei, wobei auch in Niedersachsen rund

jeder fünfte Haushalt mit geringen Übertragungsgeschwindigkeiten von weniger als 50 Mbit/s zurechtkommen muss.

Wer auch immer die nächste Landesregierung stellt, muss nicht nur versuchen, den positiven Trend der vergangenen Jahre fortzusetzen. Es geht in Hannover auch darum, Stabilität und Vertrauen zurückzugewinnen. Wie schwierig das ist, zeigt der Dieselskandal um VW. Weil das Land Niedersachsen 20 Prozent der VW-Anteile besitzt und somit automatisch ein Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen hat, sind Interessenkonflikte unvermeidlich.

Arbeitnehmer im Plus

Lohnentwicklung. Dass sich Deutschlands gute Wirtschaftslage nicht in den Geldbeuteln der Arbeitnehmer niederschlägt, ist ein oft zu hörender Vorwurf – insbesondere aus dem Gewerkschaftslager. Doch die Zeiten sinkender Reallöhne sind lange vorbei.

Das Gerücht hält sich hartnäckig: Auch im Jahr 2017 wurden und werden immer wieder Stimmen laut, die stagnierende Reallöhne beklagen. Doch das geht an den Fakten vorbei (Grafik):

Die Tariflöhne sind von 2000 bis 2016 um 38 Prozent gestiegen, die tatsächlichen Bruttostundenlöhne einschließlich Sonderzahlungen und Zuschlägen sogar um 39 Prozent – die Inflation dagegen lag im selben Zeitraum nur bei knapp 26 Prozent.

Unterm Strich bedeutet das, dass die Kaufkraft der Tariflöhne seit dem Jahr 2000 um 10 Prozent zugenommen hat und die der Effektivlöhne sogar um 11 Prozent.

Differenzierter wird das Bild allerdings, wenn man den Zeitraum vor und nach 2008 getrennt betrachtet. Denn das Jahr, in dem die Finanzkrise ihren Lauf nahm, markierte auch eine lohnpolitische Zäsur. Zwar konnte die IG Metall damals ihre Lohnforderung von 8 Prozent nicht durchsetzen, für den sich abzeichnenden Einbruch der Konjunktur fiel der Lohnabschluss aber immer noch relativ großzügig aus – vom damaligen Gewerkschaftschef Berthold Huber ist der Ausspruch überliefert, man sei mit 180 Sachen in die Garage gefahren.

Weil die Finanzkrise 2009 auf den Arbeitsmarkt durchschlug, übten sich die Arbeitnehmervertretungen 2010 noch einmal in Lohnzurückhaltung, die IG Metall etwa verzichtete ganz auf Lohnerhöhungen. Danach schritt der Rückgang der Arbeitslosenzahlen, der 2006 begonnen hatte, jedoch weiter voran. Für die Gewerkschaften war dies das Signal zum Aufbruch – ihre Lohnforderungen wurden ausgesprochen forsch:

Die IG Metall verlangte in den Jahren von 2008 bis 2016 durchschnittlich 6,4 Prozent mehr Lohn – in den acht Jahren davor, mit bis zu fünf Millionen Arbeitslosen, waren es nur 5,5 Prozent.

Noch offensichtlicher ist die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di umgeschwenkt. Während ihre Lohnforderungen von 2000 bis 2007 im Schnitt bei 2,7 Prozent lagen, ging es danach um ein mehr als doppelt so hohes Gehaltsplus.

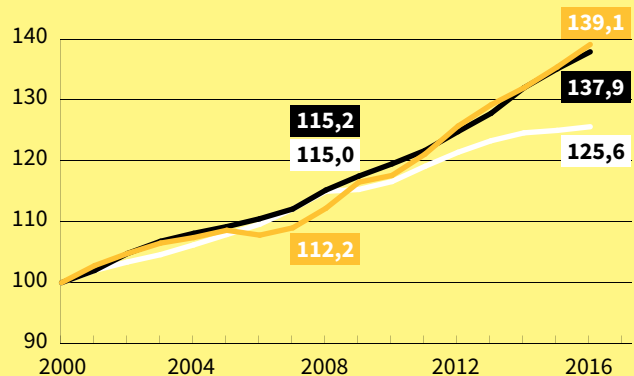
Der Wandel der Lohnpolitik fand seinen Niederschlag in den Tarifabschlüssen: Vor 2008 stiegen die Tarifverdienste jahresdurchschnittlich um 1,8 Prozent, danach um 2,3 Prozent. Daran orientierten sich auch die nicht tarifgebundenen und übertariflich zahlenden Unternehmen. Waren die effektiven Bruttostundenlöhne bis zur Finanzkrise im Mittel nur 1,5 Prozent pro Jahr gestiegen, ging es im Aufschwung danach hoch auf 2,3 Prozent.

Dass sich daraus schließlich für die Arbeitnehmer ein spürbarer Gewinn an Kaufkraft ergeben hat, liegt aber auch an der weiterhin extrem niedrigen Geldentwertung von durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr. Vor der Krise dagegen betrug die jährliche Inflation im Schnitt immerhin 1,8 Prozent. Aus diesem Grund sind die Reallöhne von 2000 bis 2008 tatsächlich um insgesamt 2,4 Prozent gesunken. In der Zeit danach allerdings – und um die geht es in den meisten Diskussionen – sind sie um 13,5 Prozent gestiegen.

Reallöhne: Neue Zeitrechnung ab 2008

Deutschland, 2000 = 100

■ Effektivlöhne je Stunde ■ Tariflöhne je Stunde
□ Verbraucherpreise



Effektivlöhne: Bruttostundenlöhne einschließlich Sonderzahlungen und Zuschlägen

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

i7 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bremsklotz Mensch

Digitalisierung. Das Internet mit all seinen Möglichkeiten verändert die Arbeitswelt grundlegend. Doch die Unternehmen haben weniger mit der technologischen Seite der digitalen Revolution zu kämpfen als mit der menschlichen – bei Führungskräften und Mitarbeitern.

Die Ergebnisse sind überraschend, um nicht zu sagen erschreckend. In ihrem „Deutschen Industrie 4.0 Index 2016“ sieht sich die Unternehmensberatung Staufen zu einem Weckruf genötigt: Viele Firmen interpretierten die Industrie 4.0 als reines Technologie-Update ihrer Fabrikhallen, heißt es in der Studie – neue Geschäftsmodelle gebe es dagegen nur bei wenigen Vorreitern.

Das Problem ist dabei weniger die Technik, sondern der Mensch. Das zeigen die Antworten von 277 Industrieunternehmen (Grafik):

Fast drei Viertel der Unternehmen sagen, dass fehlendes Wissen der Führungskräfte ein „großes“ oder „sehr großes“ Hindernis auf dem Weg in die Digitalisierung sei.

Auch auf Platz zwei der Mängelliste steht der Mensch: Fast zwei Drittel der Unternehmen beklagen die Wissenslücken der Mitarbeiter. Es hapert vor allem an IT- und Automatisierungskompetenzen sowie an ganzheitlichem Systemwissen.

Um die digitalen Wissenslücken zu füllen, braucht es mehr grundlegende Kompetenzen, vor allem für die Analyse großer Datenmengen und den Umgang mit diesen. Zwar geben fast 80 Prozent der Betriebe an, sich mit diesem Thema bereits zu beschäftigen – allerdings gehen nur zwei Drittel davon aus, dass sie über das nötige Know-how verfügen.

Neben fehlendem digitalen Wissen attestiert die Studie, dass es

ein neues Führungsverständnis brauche, um Innovationen und eine Veränderungsbereitschaft in der Belegschaft zu bewirken.

Folglich sind es vor allem die Vorgesetzten, die umdenken müssen: In einer digital vernetzten (Arbeits-)Welt ist die Verantwortung nicht mehr zwangsläufig an die formale Position gebunden, sondern an die Person, die über das Wissen verfügt. Die Führungskräfte müssen also Macht abgeben und bereit sein, in den offenen Dialog mit den Beschäftigten zu treten.

Dafür ist es essenziell, dass die Chefs ihre sozialen Kompetenzen inklusive ihres Kommunikationsstils anpassen – auch, weil die Interaktion mit Mitarbeitern in vielen Fällen nicht mehr „Face to Face“, sondern

digital über ganz unterschiedliche Kanäle erfolgt.

Die technische Qualifikation dafür können Weiterbildungen vermitteln. Für ein neues Verständnis von Führung reichen sie aber nicht aus. Dafür braucht es ohnehin mehr als punktuelles Handeln: In den Firmen sollte über die veränderten Anforderungen an Chefs hierarchieübergreifend diskutiert werden, um die Ergebnisse in die zentrale Strategie- und Zielplanung einzubringen und daraus eine zukunftsfähige Führungskräfteentwicklung abzuleiten.

Wie der Wandel der Führungskultur in kleinen und mittleren Unternehmen gelingen kann, erfahren Sie auf kofa.de, der Website des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung.

Industrie 4.0: In Deutschland fehlt die Kompetenz

So viel Prozent der Unternehmen sagen, folgende Missstände seien ein „sehr großes“ oder „großes“ Hindernis auf dem Weg in die Digitalisierung

Fehlendes Wissen der Führungskräfte	74
Fehlendes Wissen der Mitarbeiter	63
Zu lange Amortisierungszeiten oder zu hohe Kosten	43
Fehlende Normen und Standards	42
Unzureichende Breitbandanschlüsse	41
Fehlende Lösungen und Technologien	38

Befragung von 277 Unternehmen im Sommer 2016

Quelle: Staufen AG
© 2017 IW Medien / iwd

Vielfältiges Abendprogramm

Kultur und Freizeit. Eine interessante Region zeichnet sich nicht nur durch gute Arbeitsmöglichkeiten aus, sondern auch durch ein ansprechendes und umfangreiches Kultur- und Freizeitangebot. Die größte Dichte gibt es im Saarland. Am vielfältigsten ist eine kleine Stadt in Rheinland-Pfalz.

Theater, Museen, Restaurants, Sportvereine – ein umfangreiches Kultur- und Freizeitangebot ist für Städte und Gemeinden von großer Bedeutung. Zum einen sind sie wichtig, um besonders qualifizierte Beschäftigte vom neuen Arbeitsumfeld zu überzeugen. Zum anderen zahlen sich Kultur- und Freizeitangebote auch wirtschaftlich aus – schließlich profitieren davon auch andere Bereiche wie der Einzelhandel und das Hotelgewerbe.

Die IW Consult hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung mithilfe von Daten der beDirect GmbH und des Statistischen Bundesamts untersucht, wie es um die kulturellen Angebote in Deutschland bestellt ist. Eines der Ergebnisse:

Mit rund 178.400 fällt fast die Hälfte aller Freizeiteinrichtungen in die Kategorie der „Bars, Kneipen, Cafés, Restaurants“.

Ebenfalls sehr stark vertreten sind Sportvereine – davon gibt es 146.000 in Deutschland. Nimmt man noch die gut 22.000 Kulturvereine hinzu, decken diese drei Kategorien über 90 Prozent des gesamten Kultur- und Freizeitangebots ab.

Dass mit Nordrhein-Westfalen das einwohnerstärkste Bundesland auch die meisten Kultur- und Freizeitangebote hat, überrascht kaum. Setzt man die absoluten Zahlen jedoch in Relation zur Einwohnerzahl, hat das kleinste Flächenbundesland die Nase vorn (Grafik):

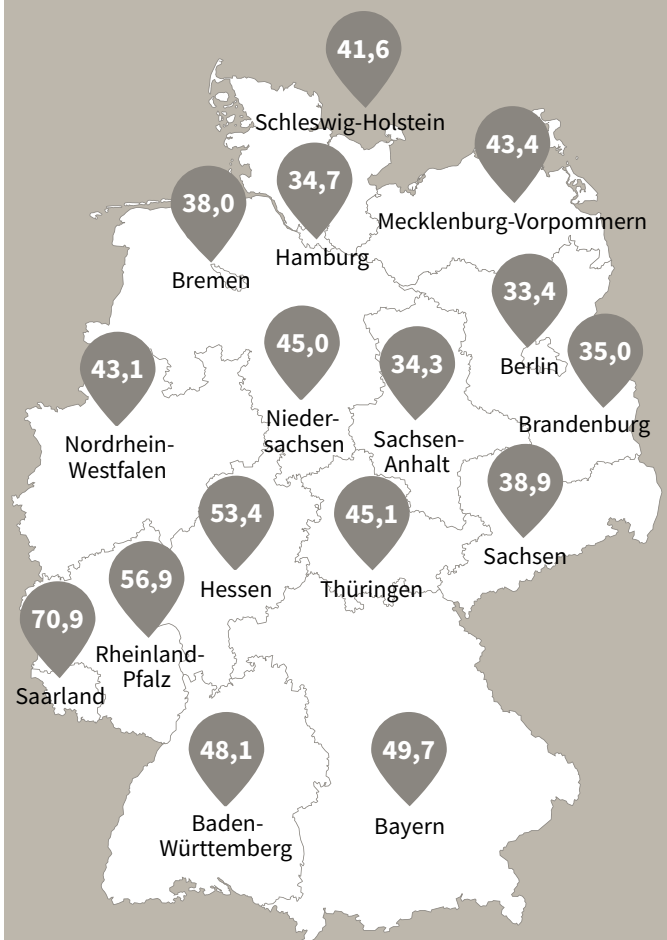
Das Saarland ist mit fast 71 Kultur- und Freizeitangeboten pro 10.000 Einwohner bundesweiter Spitzenreiter. Dahinter folgen Rheinland-Pfalz und Hessen mit 57 beziehungsweise 53 Einrichtungen.

Betrachtet man nur das Sportangebot, punktet das Saarland mit 37 Vereinen pro 10.000 Einwohner. Für Nachtschwärmer hat Sachsen am meisten zu bieten, dort gibt es die größte Dichte an Musikclubs und Diskotheken.

Ein detaillierter Blick auf die deutschen Städte und Gemeinden mit mindestens 5.000 Einwohnern zeigt, dass

Das Saarland hat am meisten zu bieten

Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Jahr 2017 pro 10.000 Einwohner



Erhebung in 401 Kreisen und kreisfreien Städten

Ursprungsdaten: Bertelsmann Stiftung
© 2017 IW Medien / iwd

i7 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

touristisch geprägte Orte über besonders zahlreiche Angebote verfügen. Zusammen mit Kur- und Erholungsorten stellen sie einen Großteil der 50 bestplatzierten Gemeinden. Etwas überraschend: Die nur gut 5.000 Einwohner zählende Stadt Cochem in Rheinland-Pfalz bietet die dichteste kulturelle Infrastruktur. Großstädte liegen dagegen weit hinten. Sie haben zwar insgesamt ein deutlich größeres Angebot – das aber müssen sich auch entsprechend viele Menschen teilen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

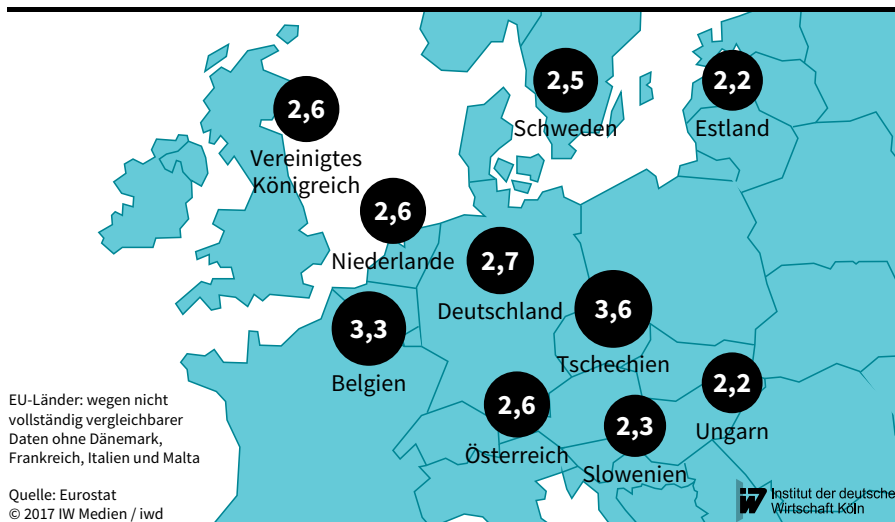
iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Jobchancen in Europa

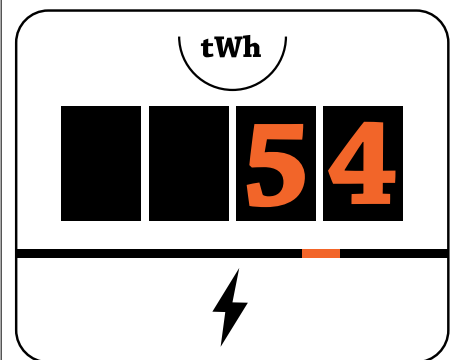
Der Arbeitsmarkt in den EU-Ländern ist im Aufwind. Das zeigt auch die Quote der offenen Stellen: EU-weit waren im zweiten Quartal des laufenden Jahres 2 Prozent aller Arbeitsplätze unbesetzt, das war der höchste Wert der vergangenen zehn Jahre. Spitzenreiter unter den Mitgliedsstaaten ist Tschechien, wo zuletzt 3,6 Prozent aller Arbeitsplätze frei blieben. Im Dienstleistungssektor betrug die Quote sogar 5 Prozent. Schlusslicht ist Griechenland mit nur 0,7 Prozent unbesetzten Stellen. Dort sowie in Bulgarien, der Slowakei und Zypern ist die Quote zudem seit dem Frühjahr 2016 zurückgegangen. In 19 EU-Ländern hat sich der Anteil der offenen Stellen dagegen zum Teil deutlich erhöht.

Wo Mitarbeiter gesucht werden

In diesen EU-Ländern war der Anteil der offenen Stellen an allen Arbeitsplätzen im zweiten Quartal 2017 am höchsten, in Prozent



Zahl der Woche



Terawattstunden

Strom haben die Industriebetriebe in Deutschland 2016 produziert. Dies entspricht einem Anteil von 11,2 Prozent an der gesamten Bruttostromerzeugung. Der Strom der Industriekraftwerke dient in erster Linie der Eigenversorgung, wobei ein Teil auch an andere Betriebe abgegeben oder in das öffentliche Netz eingespeist wird. Der Anteil des Stroms, den Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes produzieren, legt seit vier Jahren kontinuierlich zu: Im Jahr 2012 erzeugten die Industriebetriebe nur 8,6 Prozent der gesamten Strommenge.

Neu auf iwd.de: Die neuesten Teller-Trends

Rund 40.000 neue Lebensmittelkreationen bringen allein die deutschen Nahrungsmittelhersteller jedes Jahr auf den Markt. Doch was davon setzt sich durch? Derzeit sind vor allem Produkte mit viel Protein gefragt – zum Beispiel besonders proteinreicher Quark. Wie sich die Umsätze der deutschen Ernährungsindustrie zuletzt entwickelt haben und was sonst noch so Trend auf den Tellern ist, lesen Sie im Branchenbericht zur Anuga-Messe auf iwd.de.

